

Brexit: Parlamentarier sollen über zweites Referendum abstimmen – Audi plant massiven Stellenabbau

Autor: GodmodeTrader-Team, Redaktion | 14.03.2019 17:45 | Copyright BörseGo AG 2000-2019

Immer bestens informiert: Mit dem News-Flash auf Godmode-Trader.de haben Sie die wichtigsten Ereignisse des Tages auf einen Blick!

- ifo Institut rasiert Konjunkturprognose für Deutschland
- Gipfel-Treffen von Trump und Xi frühestens im April
- Trump will Handelsdeal mit Großbritannien
- FAA: Hinweise auf Ähnlichkeiten bei Boeing-737-Max-Abstürzen
- London: Unterhaus stimmt für Brexit mit Abkommen
- Chinas Industrie verliert an Schwung
- BIZ warnt vor Risiken durch Kryptowerte
- General Electric enttäuscht mit Prognose
- RWE: Schwächeres Braunkohlegeschäft schmälert Gewinn
- Gewinnrückgang bei der Lufthansa
- Opel drängt zurück auf den russischen Markt
- Lanxess steigert Gewinn
- Krise: "If it's Boeing, I'm not going"

DAX

- An den Aktienmärkten gibt es derzeit einige übergeordnete Strömungen, die Anlegern das Leben erschweren. Eine davon sind die sich eintrübenden Konjunkturaussichten. Angesichts einer schwächeren Industrie und weniger Schwung in der Weltwirtschaft erwarten weitere Ökonomen weniger Wachstum hierzulande. Das ifo Institut halbierte seine Vorhersage fast und rechnet für das laufende Jahr nur noch mit einem Anstieg der Wirtschaftsleistung um 0,6 Prozent. Zuvor waren die Forscher noch von einem Plus von 1,1 Prozent ausgegangen. Auch das DIW Berlin erwartet deutlich weniger Wachstum. "Die Industrie wird 2019 als Konjunkturmotor weitgehend ausfallen", sagte ifo-Konjunkturchef Timo Wollmershäuser. Die weltweite Nachfrage nach deutschen Produkten sei schwach, da die internationale Konjunktur an Dynamik verliere. Die völlig chaotische Situation rund um den Brexit und das neuerliche Votum im britischen Parlament verdirbt den Investoren ebenfalls derzeit die Laune. Heute Abend geht es nun um die Verschiebung des EU-Austritts. Und dann ist das noch der Handelsstreit zwischen China und den USA. Bloomberg-Informationen zufolge wollen US-Präsident Trump und Chinas Staatsoberhaupt Xi ihr geplantes Treffen auf mindestens April verschieben. Und als das noch nicht genug des Unguten wäre, kommen heute noch enttäuschende Unternehmenszahlen rein. Der DAX beendete den Handel mit einem Plus von 0,13 Prozent bei 11.587,47 Punkten.

Unternehmensnachrichten

- Toyota investiert 749 Millionen Dollar in fünf US-Werke und schafft dabei 586 neue Jobs, wie das Unternehmen heute mitteilt. Über die nächsten zehn Jahre hat das Unternehmen die Investition über zehn Milliarden Dollar zugesagt, wird diesen Betrag aber laut eigener Aussage deutlich übertreffen.
- Laut Informationen des Nachrichtenmagazins "Spiegel" wollen die Arbeitnehmer im Fall der Fälle gegen die Fusion von Deutscher Bank und Commerzbank stimmen.
- Audi-Chef Bram Schot will sein Unternehmen nach einem sehr schwachen Jahr mit einem harten Sparkurs wieder auf Linie trimmen. „2019 wird ein Übergangsjahr“, sagte Schot am Donnerstag in Ingolstadt. Der Umbau werde „nicht bequem. Aber wir stellen die Gewinnzone klar vor die Komfortzone“, ergänzte Finanzvorstand Alexander Seitz. Schot hatte bereits gesagt, 90.000 Audi-Mitarbeiter seien zu viel. Zahlen zum Personalabbau wollte er am Donnerstag noch nicht nennen.

- Der kriselnde Möbelhändler **Steinhoff** sucht den Befreiungsschlag mit einem Verkauf von Immobilien in Europa im Wert von rund 400 Mio. Euro. Mit den Erlösen wolle der Konzern seine Schulden reduzieren, berichtete die Nachrichtenagentur Bloomberg. Das Unternehmen habe die US-Immobilieninvestmentfirma Eastdil Secured damit beauftragt, Warenhäuser und Produktionsstätten in verschiedenen Ländern zu verkaufen, darunter Großbritannien, Deutschland, Polen und Ungarn.
- Der Widerstand gegen einen möglichen Zusammenschluss der beiden größten deutschen Privatbanken **Deutsche Bank und Commerzbank** nimmt zu. „Ich erwarte von Herrn Scholz eine eindeutige Erklärung, dass es keinen zwingenden Bedarf für eine Fusion gibt und die deutsche Wirtschaft beide Banken für einen funktionierenden Wettbewerb benötigt“, sagte am Mittwoch Hans Michelbach (CSU), Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Ausschuss für Finanzen und Mitglied des Fraktionsvorstands, an die Adresse von Bundesfinanzminister Olaf Scholz. Der Nutzen einer Fusion sei begrenzt, die Risiken seien hoch, erklärte er der Nachrichtenagentur Reuters.
- Der Industriekonzern **General Electric** enttäuschte mit seiner Prognose für das diesjährige Ergebnis je Aktie. GE stellt für dieses Jahr ein bereinigtes Ergebnis je Aktie von 50 bis 60 Cent in Aussicht. Analysten hatten mit 70 Cent gerechnet.
- Die nächste Version des Smartphone-Betriebssystems **Android** unterstützt Telefone mit auffaltbaren Displays und enthält bessere Datenschutz-Einstellungen. Nutzer werden u. a. genauer bestimmen können, wann eine App ihren Aufenthaltsort kennen darf, wie Google am Mittwoch ankündigte.
- Nach dem Absturz einer **Boeing 737 MAX 8** in Äthiopien mit 157 Toten und dem darauf folgenden Flugverbot in zahlreichen Ländern will der US-Flugzeughersteller nun sämtliche Maschinen des Typs weltweit am Boden halten. Boeing empfehle der US-Flugaufsicht FAA vorsorglich ein vorübergehendes Flugverbot für die weltweit 371 Maschinen, teilte das Unternehmen mit. Zuvor hatte US-Präsident Trump ein entsprechendes Verbot für die 737 MAX in den USA angeordnet. Die geplanten Nachbesserungen an der Software sollen mehrere Monate dauern.
- Nutzer von **Facebook**, Instagram und WhatsApp hatten am Mittwoch weltweit teils mit massiven Störungen zu kämpfen. In einem der längsten Ausfälle der vergangenen Jahre waren die drei Online-Dienste des Konzerns zum Teil stundenlang nicht erreichbar. "DownDetector" zufolge waren vor allem Teile der USA, Japan sowie einige Teile Europas von der Panne betroffen.
- Der Stromerzeuger **RWE** erwartet angesichts des Kohleausstiegs einen drastischen Stellenabbau. Er gehe davon aus, dass ein Großteil der von der Kohlekommission zusätzlich bis 2022 empfohlenen Kraftwerks-Stilllegungen auf Nordrhein-Westfalen entfallen werde, teilte Vorstandschef Rolf Martin Schmitz im Geschäftsbericht für 2018 mit. Er konkretisierte: Weitere Schließungen würden Auswirkungen auf den Tagebau von RWE haben. „Und sie werden dazu führen, dass Stellen wegfallen. Ich rechne mit einem signifikanten Abbau bereits bis 2023“, wird Schmitz zitiert. Genaue Zahlen nannte er nicht.
- Die VW-Tochter **Audi** rechnet im laufenden Jahr mit weiterhin schwierigen Bedingungen. Verkäufe und Umsatz sollen nur moderat steigen. Auch „2019 wird ein Übergangsjahr“, sagte Vorstandschef Bram Schot am Donnerstag in Ingolstadt. Im vergangenen Jahr hatte der Premiumhersteller wegen Problemen bei der Umstellung auf den neuen Abgasnormstandard WLTP 1,8 Mio. Autos verkauft. Auf dem chinesischen Markt rechnet Audi mit weiterem Wachstum. „Wir trauen uns bis 2022 einen Absatz von einer Million Fahrzeuge in China zu“, sagte der Finanzvorstand Alexander Seitz.
- Der Autobauer **Opel** drängt zurück auf den russischen Markt. Zum Start im vierten Quartal sollen 15 bis 20 Händler in den größten Städten des Landes Opel-Partner sein, wie der Rüsselsheimer Hersteller am Donnerstag mitteilte. Mittelfristig sollen es mehr als doppelt so viele werden. Angeboten werden sollen in einem ersten Schritt der Geländewagen Grandland X, sowie aus russischer Produktion der Großraum-Pkw Zafira Life und der Transporter Vivaro.
- Nachdem schon Europa, weite Teile Asiens und Kanada den Flugzeugtyp **Boeing 737 Max 8** mit einem Startverbot belegt hatten, zogen gestern auch die USA nach. Die US-Luftfahrtbehörde FAA begründete das Verbot mit neuen Erkenntnissen zum Absturz einer Boeing 737 Max 8 in Äthiopien, die Ähnlichkeiten zum Crash eines baugleichen Jets im vergangenen Oktober in Indonesien aufwiesen. Diese Informationen erforderten weitergehende Untersuchungen, ob es sich möglicherweise um dieselbe Absturzursache gehandelt habe, hieß es in einer Dringlichkeits-Anordnung der FAA. Der Aktienkurs des US-Flugzeugbauers sackte nach dem behördlichen Schwenk in den USA in den Keller. Die „Börsen-Zeitung“ konstatiert eine Vertrauenskrise bei den Passagieren. In sozialen Netzwerken werde der Boeing-Werbeslogan "If it's not Boeing, I'm not going" aktuell umgeschrieben in: "If it's Boeing, I'm not going". Für Boeing könnte das jüngste Unglück jedoch neben einem Imageschaden und ein wirtschaftliches Fiasko bedeuten, wie das "Handelsblatt" berichtet: Schon jetzt wackelten Aufträge im Wert von 55

- Milliarden Dollar, weil Airlines ihre Bestellungen stornierten.
- Die **Lufthansa** hat vergangenes Jahr deutlich weniger verdient. Der Konzerngewinn ist im Vergleich zum Vorjahr um acht Prozent auf 2,16 Milliarden Euro gesunken, der operative Gewinn lag mit gut 2,8 Milliarden Euro rund vier Prozent niedriger als im Rekordjahr 2017. Gründe für die Rückgänge sind höhere Treibstoff-Kosten, außergewöhnlich viele Flugausfälle und der Ausbau der Billigfluchtöchter Eurowings. Ihren Umsatz steigerte die Lufthansa im vergangenen Jahr um sechs Prozent auf 35,8 Mrd. Euro. Die gestiegenen Kerosinpreise dürften im laufenden Jahr das Ergebnis schmälern. So dürfte der operative Gewinn trotz der Erwartung steigender Erlöse weiter sinken und soll in der Spanne von 2,4 bis 3,0 Milliarden Euro liegen.
 - Der Energiekonzern **RWE** hat im vergangenen Jahr wegen einer geringeren Stromerzeugung bei Braunkohle und Kernenergie sowie niedrigerer Großhandelspreise einen Gewinnrückgang erlitten. Das bereinigte operative Ergebnis (Ebitda) von „RWE Stand alone“ sank 2018 von 2,1 auf 1,5 Mrd. Euro, wie das Unternehmen am Donnerstag mitteilte. Das bereinigte Nettoergebnis nahm von 973 auf 591 Mio. Euro ab. In den Zahlen ist die Tochter Innogy, die derzeit von E.ON übernommen wird, nicht mehr konsolidiert. Für das vergangene Geschäftsjahr will RWE wie angekündigt eine Dividende von 0,70 Euro je Aktie zahlen.
 - Der Spezialchemiekonzern **Lanxess** bekommt die schwächelnde Konjunktur zu spüren. Zwar konnte er den Effekt im vergangenen Jahr noch abfedern: Rückenwind lieferten dabei das Anfang 2018 erworbene Geschäft mit Phosphor-Zusatzstoffen des Konkurrenten Solvay sowie weitere Einsparungen im Zuge des 2017 übernommenen Herstellers von Flammschutz- und Schmierstoffzusätzen Chemtura. Der Umsatz stieg 2018 um 10,2 Prozent auf 7,2 Mrd. Euro, das Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (Ebitda) sowie vor Sondereinflüssen legte um 9,8 Prozent auf 1,02 Mrd. Euro zu. Doch für das laufende Gesamtjahr erwartet Lanxess, dass der operative Gewinn stagnieren wird.
 - Der Salz- und Düngemittelkonzern **K+S** hat Umsatz und Ergebnis im vergangenen Jahr deutlich gesteigert und will auch im laufenden Jahr beim operativen Gewinn weiter zulegen. Eine gute Nachfrage nach Düngemitteln, die steigende Produktion des neuen kanadischen Werkes Bethune und der erwartete Wegfall der abwasserbedingten Produktionsunterbrechungen im Werk Werra stimmen den Konzern zuversichtlich. Der Gewinn vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen soll daher 2019 auf 700 bis 850 Millionen Euro zulegen. Dank eines Schlussspurt im letzten Quartal 2018 mit einem Ebitda-Wachstum um 22 Prozent konnte K+S das Ebitda im Gesamtjahr 2018 um 5 Prozent auf 606 Mio. Euro steigern.
 - Der Baumaschinenproduzent **Wacker Neuson** hat 2018 einen Rekordumsatz erzielt. Die Erlöse stiegen um elf Prozent 1,7 Mrd. Euro, währungsbereinigt sogar mehr als 13 Prozent. Der Gewinn vor Zinsen und Steuern (Ebit) kletterte um mehr als ein Fünftel auf knapp 160 Mio. Euro.
 - Der Motorenhersteller **Deutz** schaut nach einem erfolgreichen Jahr 2018 auch mit Optimismus nach vorne. Für das laufende Jahr gibt sich Deutz angesichts voller Auftragsbücher zuversichtlich. "Der Jahresbeginn ist geprägt durch einen hohen Auftragsbestand, der insbesondere mit Blick auf das erste Halbjahr das Geschäft zu großen Teilen absichern dürfte", heißt es in der Mitteilung. Die Erlöse sollen auf mehr als 1,8 Milliarden Euro steigen. Die Ebit-Rendite vor Sondereffekten soll mindestens 5,0 Prozent betragen.

Konjunktur & Politik

- Das **britische Parlament** wird heute Abend offenbar über ein mögliches zweites Referendum abstimmen. Das berichten die Nachrichtenagentur Reuters und der „Independent“. Der Sprecher des Parlaments habe einen Änderungsantrag gewählt. Das Unterhaus hatte das von Premierministerin Theresa May eingereichte Brexit-Abkommen bereits zweimal abgelehnt. Um einen Brexit ohne Deal am 29. März zu vermeiden, sollen die Abgeordneten heute zunächst über eine Verlängerung der Austrittsfrist abstimmen.
- **US-Präsident Donald Trump** sieht sich in dieser Woche einer bislang unbekanntenen Situation gegenüber. Im Streit um die Situation an der Grenze zu Mexiko werden die republikanischen Senatoren aus verfassungsrechtlichen Gründen den von Trump ausgerufenen nationalen Notstand nicht unterstützen und zumindest teilweise für die von den Demokraten forcierte Beendigung stimmen. Der US-Präsident wird daraufhin höchstwahrscheinlich mit einem Veto antworten und sich so zum ersten Mal offen gegen seine Parteifreunde im Senat wenden. Grundsätzlich decken sich allerdings die inhaltlichen Positionen bezüglich der Sicherheitssituation zwischen den Senatoren und dem Präsidenten.

- Die **Zahl der verkauften Neubauten in den USA** ist im Januar nach Angaben des US-Handelsministeriums um 6,9 Prozent gegenüber dem Vormonat gefallen. Analysten hatten dagegen mit einem leichten Anstieg um 0,2 Prozent gerechnet. Der Zuwachs im Dezember wurde leicht auf 3,8 Prozent nach oben korrigiert.
- Die Wahrscheinlichkeit, dass die deutsche Wirtschaft in den kommenden drei Monaten in einen Abschwung gerät, liegt bei 35,3 Prozent, wie Berechnungen des **Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)** der Hans-Böckler-Stiftung ergeben. Der von dem Institut ermittelte Konjunkturindikator hat sich im März im Vergleich zu seinem Stand von 34 Prozent vom Februar leicht erhöht.
- **US-Präsident Trump** hat mitten im Brexit-Chaos für ein Handelsabkommen zwischen den USA und Großbritannien geworben. „Meine Regierung freut sich darauf, einen umfangreichen Handelsdeal mit Großbritannien auszuhandeln. Das Potenzial ist unbegrenzt!“, twitterte Trump wenige Stunden vor einer Abstimmung im Unterhaus über eine Verschiebung des Brexits.
- Die **Preise von in die USA importierten Gütern** sind im Februar im Jahresvergleich um 1,3 % gesunken, wie das US-Handelsministerium mitteilte. Im Januar waren die Einfuhrpreise um revidiert 1,6 % (zunächst 1,7) gefallen.
- Die **Zahl der wöchentlichen Erstanträge auf Arbeitslosenhilfe** in den USA sind in der vergangenen Woche um 6.000 auf 229.000 gestiegen, teilte das US-Arbeitsministerium mit. Volkswirte hatten mit 225.000 Erstanträgen gerechnet.
- Im Streit um die Beteiligung von Huawei am Aufbau des 5G-Mobilfunknetzes in Deutschland haben die USA vor Einschränkungen in der militärischen Zusammenarbeit innerhalb der Nato gewarnt. Sollte Berlin auf die Chinesen setzen und das 5G-Mobilfunknetz Teil der militärischen Kommunikationsnetze werden, werde die Nato auf diesem Weg nicht mehr mit den deutschen Kollegen kommunizieren können, sagte der **Kommandeur der Nato-Truppen in Europa, Curtis Scaparrotti**, bei einer Anhörung im US-Kongress.
- Die deutsche Wirtschaft wird nach Einschätzung des **Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)** in diesem und im kommenden Jahr mit soliden Wachstumsraten aufwarten. Zwar korrigieren die Berliner KonjunkturforscherInnen ihre Prognose für dieses Jahr im Vergleich zum Winter um 0,6 Prozentpunkte auf 1,0 Prozent nach unten – im Vergleich zu den meisten anderen Prognosen ist der Ausblick aber optimistisch. Die Prognose für das kommende Jahr bleibt unverändert bei einem Anstieg der Wirtschaftsleistung um 1,8 Prozent.
- Nach Informationen von Bloomberg wird es in diesem Monat keinen Gipfel zwischen **US-Präsident Donald Trump und dem chinesischen Amtskollegen Xi Jinping** zur Beilegung des Handelskonflikts mehr geben. Voraussichtlich frühestens im April könnte ein Treffen stattfinden, berichtete die Nachrichtenagentur unter Berufung auf drei namentlich nicht genannte Personen, die mit der Sache vertraut seien.
- Das **ifo Institut** hat seine Prognose für die deutsche Wirtschaft kräftig gesenkt. Insgesamt dürfte sich das Wachstum in Deutschland in diesem Jahr mit 0,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr mehr als halbieren, wie das Institut am Donnerstag mitteilte. Zuvor waren die Ökonomen noch von einem BIP-Anstieg in diesen Jahr von 1,1 Prozent ausgegangen. Im kommenden Jahr dürfte sich der Anstieg der Wirtschaftsleistung allerdings statt auf 1,6 nun auf 1,8 Prozent erhöhen; kalenderbereinigt ergibt sich wegen der höheren Zahl von Arbeitstagen jedoch nur ein Zuwachs von 1,4 Prozent. Wie bereits im vergangenen Jahr geht die Konjunkturschwäche von der Industrie aus. „Die gegenwärtigen Produktionsschwierigkeiten der deutschen Industrie dürften erst allmählich überwunden werden. Die Industrie wird 2019 als Konjunkturmotor weitgehend ausfallen. Die weltweite Nachfrage nach deutschen Produkten ist schwach, da die internationale Konjunktur weiter an Dynamik verliert“, sagt ifo-Konjunkturchef Timo Wollmershäuser. „Aber die binnenwirtschaftlichen Antriebskräfte sind weiterhin intakt.“ Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte weiter steigen, das Tempo des Beschäftigungsaufbaus verlangsamt sich aber.
- Nach dem Untergang des italienischen Frachtschiffs „Grande America“ im Golf von Biskaya treibt an **Frankreichs Westküste** ein rund zwölf Kilometer langer und einen Kilometer breiter Ölteppich. Wie die Meerespräfektur in Brest am Mittwochabend mitteilte, wurde ein Spezialschiff zur Bekämpfung von Umweltverschmutzungen aus Brest in die Havariezone beordert. Schwierige Wetterbedingungen erschweren allerdings den Einsatz.
- Das **britische Parlament** hat am Mittwochabend gegen einen EU-Austritt Großbritanniens ohne Abkommen gestimmt. Die Abgeordneten verabschiedeten mit 321 zu 278 Stimmen einen Beschluss, der einen ungeordneten Brexit ablehnt. Die Entscheidung ist rechtlich allerdings nicht bindend. Heute sollen

die Abgeordneten nun über eine Verschiebung des Brexits abstimmen. **Ratspräsident Donald Tusk** will in der Europäischen Union für einen längeren Aufschub des Brexits werben. Voraussetzung dafür sei, dass Großbritannien eine längere Verschiebung für nötig hält und in London darüber Konsens herrscht, teilte Tusk am Donnerstag im Kurznachrichtendienst Twitter mit.

- Die **Industrieproduktion in China** ist zum Jahresauftakt so langsam gewachsen wie seit 17 Jahren nicht mehr. Die chinesischen Unternehmen stellten im Januar und Februar 5,3 Prozent mehr Güter her als vor Jahresfrist, wie das Nationale Statistikamt in Peking mitteilte. Das ist weniger als erwartet und der geringste Wert seit Anfang 2002. Die Betriebe in China hätten mit der sinkenden Nachfrage auf dem Heimatmarkt zu kämpfen. Zudem dämpfe der Handelsstreit mit den USA das Exportgeschäft, hieß es.
- Die **Verbraucherpreise in Deutschland** lagen im vergangenen Februar um 1,5 Prozent höher als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Damit zog die Inflationsrate – gemessen am Verbraucherpreisindex (VPI) – leicht um 0,1 Prozent an, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Im Vergleich zum Vormonat stieg der Verbraucherpreisindex im Februar 2019 um 0,4 Prozent. Das Statistische Bundesamt (Destatis) senkte damit seine vorläufigen Gesamtergebnisse für den VPI vom 28. Februar 2019 leicht nach unten.
- In **Frankreich** hat sich die nach europäischen Standards berechnete **Jahresinflationsrate (HVPI)** von 1,4 Prozent im Vormonat auf 1,6 Prozent im Februar erhöht, teilte das Statistikamt Insee am Donnerstag laut einer zweiten Schätzung mit. In einer ersten Schätzung war eine Rate von 1,5 Prozent gemeldet worden.
- Trotz der großen Nachfrage nach Immobilien sind in Deutschland im vergangenen Jahr weniger Wohnungen bewilligt worden. Im Jahr 2018 wurde der Bau von insgesamt rund 347.300 Wohnungen genehmigt, wie das **Statistische Bundesamt** mitteilte. Das waren 0,2 Prozent oder 800 Baugenehmigungen weniger als im Vorjahr. Die Genehmigungen galten sowohl für neue Gebäude als auch für Baumaßnahmen an bereits bestehenden Gebäuden.
- Die zunehmende Verbreitung von digitalisierten Vermögenswerten bereitet der **Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)** Sorgen. Die neuen Anlageklassen rund um Bitcoins haben nach Ansicht der BIZ das Potenzial die „Finanzstabilität zu beeinträchtigen und die Risiken für die Banken zu erhöhen“. Der Basler Ausschuss (BCBS) forderte Mindeststandards für Finanzhäuser.

[Termine des Tages:](#)

Weitere Informationen zu den im Newsflash genannten Themen und noch mehr aktuelle Nachrichten finden Sie in Echtzeit auf [Guidants News](#). In Spitzenzeiten veröffentlicht Guidants News mehr als 100 Nachrichten pro Stunde. Damit Sie trotzdem den Überblick behalten, stehen Ihnen zahlreiche Filtermöglichkeiten zur Verfügung.

Risikohinweis & Haftungsausschluss gemäß § 16 und § 18 AGB BörseGo AG

§ 16 Haftung

16.1 Soweit Nutzer Inhalte in Diskussionsforen, sogenannten Streams, Chats oder Blogs einstellen und dort Ratschläge oder Anlagetipps erteilen, handelt es sich ausschließlich um von den betreffenden Nutzern verantwortete Inhalte. BörseGo stellt insofern lediglich das Medium technisch zur Verfügung und ist nicht für die Genauigkeit, Richtigkeit oder Verlässlichkeit dieser Inhalte verantwortlich. Insbesondere ist BörseGo nicht für Verluste oder Schäden haftbar, die dem Nutzer dadurch entstehen, dass dieser auf eine solche Information vertraut.

16.2 Resultieren Schäden des Nutzers aus dem Verlust von Daten, so haftet BörseGo hierfür unabhängig vom einer etwaigen Beteiligung nicht, soweit die Schäden durch eine zweckgemäße, regelmäßige und vollständige Sicherung aller relevanten Daten durch den Nutzer vermieden worden wären.

16.3 Im Übrigen haften BörseGo, ihre gesetzlichen Vertreter und Erfüllungsgehilfen nur bei Verletzung des Lebens, des Körpers, der Gesundheit oder bei Verletzung wesentlicher Vertragspflichten (Kardinalpflichten), das heißt solcher Pflichten, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Nutzer regelmäßig vertrauen darf, und deren Verletzung auf der anderen Seite die Erreichung des Vertragszwecks gefährdet. BörseGo haftet weiterhin für Schäden, die aus dem Fehlen zugesicherter Eigenschaften beruhen, sowie für sonstige Schäden, die auf einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung von BörseGo, seiner gesetzlichen Vertreter oder Erfüllungsgehilfen beruhen.

16.4 Bei der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten (vgl. Ziff. 16.3) haftet BörseGo nur auf den vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden, wenn dieser einfach fahrlässig verursacht wurde, es sei denn, es handelt sich um Schadensersatzansprüche des Kunden aus einer Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit.

16.5 Weitergehende Ansprüche des Nutzers auf Schadensersatz sind ausgeschlossen. Die Vorschriften des Produkthaftungsgesetzes bleiben unberührt.

§ 18 Risikohinweis

Die Informationen und Services auf den Webseiten von BörseGo wenden sich an registrierte sowie nichtregistrierte Nutzer. Die Angebote, die der Nutzer auf den Webseiten von BörseGo findet, richten sich jedoch ausdrücklich nicht an Personen in Ländern, die das Vorhalten bzw. den Aufruf der darin eingestellten Inhalte untersagen, insbesondere nicht an US-Personen im Sinne der Regulation S des US Securities Act von 1933 sowie Internet-Nutzer in Großbritannien, Nordirland, Kanada und Japan. Jeder Nutzer ist selbst verantwortlich, sich über etwaige Beschränkungen vor Aufruf der Internetseiten zu informieren und diese einzuhalten.

Insbesondere weist BörseGo hierbei auf die bei Geschäften mit Optionsscheinen, Derivaten und derivativen Finanzinstrumenten besonders hohen Risiken hin. Der Handel mit Optionsscheinen bzw. Derivaten ist ein Finanztermingeschäft. Den erheblichen Chancen stehen entsprechende Risiken gegenüber, die nicht nur einen Totalverlust des eingesetzten Kapitals, sondern darüber hinausgehende Verluste nach sich ziehen können. Aus diesem Grund setzt diese Art von Geschäften vertiefte Kenntnisse im Bezug auf diese Finanzprodukte, die Wertpapiermärkte, Wertpapierhandelstechniken und -strategien voraus.

Soweit BörseGo Börsen- oder Wirtschaftsinformationen, Kurse, Indizes, Preise, Nachrichten, Marktdaten sowie sonstige allgemeine Marktinformationen auf ihren Webseiten bereitstellt, dienen diese nur zur Information und zur Unterstützung Ihrer selbstständigen Anlageentscheidung. Auch wenn BörseGo alle eingebundenen Informationen sorgsam überprüft, erhebt BörseGo keinen Anspruch auf inhaltliche Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität. Es obliegt dem Nutzer selbst, die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität dieser Daten zu überprüfen. Dies betrifft insbesondere, aber nicht ausschließlich, Kursdaten von Drittquellen. Die genannten Informationen stellen keine Aufforderung zum Kaufen, Halten oder Verkaufen von Wertpapieren und derivativen Finanzprodukten dar und begründen kein individuelles Beratungs- oder Auskunftsverhältnis. Sie sind keine Rechts-, Steuer- oder sonstige Beratung und können eine solche auch nicht ersetzen.

Bevor der Nutzer Investmententscheidungen trifft, sollte er sich sorgfältig über die Chancen und Risiken des Investments informiert haben. Aus einer positiven Wertentwicklung eines Finanzprodukts in der Vergangenheit kann keinesfalls auf zukünftige Erträge geschlossen werden. BörseGo übernimmt keine Haftung für die erteilten Informationen, die aus von BörseGo als vertrauenswürdig erachtet wurden, für bereitgestellte Handelsanregungen sowie für deren Vollständigkeit.

Leser sowie Teilnehmer an multimedialen Veranstaltungen wie Webinare, Online-Seminare, Seminare oder Vortragsveranstaltungen, die aufgrund der veröffentlichten Inhalte Anlageentscheidungen treffen bzw. Transaktionen durchführen, handeln in vollem Umfang auf eigene Gefahr und auf eigenes Risiko.

BörseGo übernimmt keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich. Eine Haftung von BörseGo für die Inhalte derartiger Internetseiten ist ausgeschlossen, soweit dies gesetzlich zulässig ist.

Stand: Oktober 2016

Das Dokument mit Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere des Nachdrucks, der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen sowie das Darstellen auf einer Website liegen, auch nur bei auszugsweiser Verwertung, bei der BörseGo AG. Alle Rechte vorbehalten.

www.boerse-go.ag © BörseGo AG

Aktiengesellschaft mit Sitz in München – Registergericht: Amtsgericht München – Register-Nr: HRB 169607 – Vorstand: Robert Abend, Christian Ehmig, Johannes Pfeuffer, Thomas Waibel – Aufsichtsratsvorsitzender: Theodor Petersen – Umsatzsteueridentifikationsnummer gemäß § 27a UStG: DE207240211

München, 2019